

Jürgen Schwarz

*Grundzüge und aktuelle Entwicklungen
der US-Außenpolitik*

20021119 034

ORDO INTER NATIONES

Internationale Politik - Analysen



Institut für Internationale Politik und Völkerrecht

Universität der Bundeswehr München

13/2000

ORDO INTER NATIONES, eine Schrift des Instituts für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr München, bringt in lockerer Folge Originalbeiträge und Nachdrucke, die sich in den Themenrahmen „Strukturen und Prozesse - Ordnung im internationalen System“ einfügen. Die souveränen modernen Staaten sind nach wie vor die Hauptakteure im internationalen Geschehen. „Modern“ heißt die über nationale Abschließung hinausreichende Offenheit der Staaten für internationale Entwicklungen, heißt - bei Wahrung legitimer nationaler Interessen - internationale Kooperationsfähigkeit und der Wille zu friedlicher, verantwortlicher Kooperation. Eine „neue Weltordnung“ wird nicht nach Utopien, sondern nur durch einen an Normen orientierten Realismus entwickelt werden.

Herausgeber: Prof. Dr. Jürgen Schwarz

Redaktion: Dr. Hanns-Frank Sellaer
Dr. Andreas Wilhelm
Angelika Schoppel (Sekretariat)

Red. für 13/2000: Prof. Dr. Jürgen Schwarz

Erscheinungsort: München

Redaktionsanschrift: ORDO INTER NATIONES
Institut für Internationale Politik
Universität der Bundeswehr München
D-85577 Neubiberg

Tel.: 089-6004-2048/3966
Fax: 089-6004-4460
E-Mail: ifip@unibw-muenchen.de
[http:// www.unibw-muenchen.de/ifip](http://www.unibw-muenchen.de/ifip)

Die in *ORDO INTER NATIONES* geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

ISSN: 1433-3953
© Jürgen Schwarz

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)	2. REPORT DATE 2000	3. REPORT TYPE AND DATES COVERED Paper
----------------------------------	----------------------------	---

4. TITLE AND SUBTITLE Grundzuege und aktuelle Entwicklungen der US-Aussenpolitik Fundamentals and Current Developments of US Foreign Policy	5. FUNDING NUMBERS
---	--------------------

6. AUTHOR(S) Juergen Schwarz	
-------------------------------------	--

7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) Institut fuer Internationale Politik und Voelkerrecht Universitaet der Bundeswehr Muenchen	8. PERFORMING ORGANIZATION Report Number REPORT NUMBER No. 13/2000
---	---

9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES)	10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER ISSN 1433-3953
---	--

11. SUPPLEMENTARY NOTES Text in German. Title and abstract in German and English, 30 pages, ISSN 1433-3953, No. 13.
--

12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT Distribution A: Public Release.	12b. DISTRIBUTION CODE
---	------------------------

<p>ABSTRACT (Maximum 200 words)</p> <p>The author's goal is to discuss the burgeoning anti-American attitude in Europe based in no small part on the United States' "victory" in the Cold War and its subsequent emergence as the world's one true superpower. Schwarz sees the "virulent aversion" (1) to the United States in light of American foreign policy, especially the cynicism that pervaded the Gulf War aftermath and their alleged arrogance in offhand dealings with allies and hostile powers alike. The changing relationship between the United States and Europe, which Schwarz sees as drifting apart from one another, is broached in the study's first sections, "Divergences between America and Europe".</p>
--

14. SUBJECT TERMS German, UNIBW, United States foreign policy, European history, Cold War, American-European Relations	15. NUMBER OF PAGES 16. PRICE CODE
---	---

17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED	18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT UNLIMITED
---	--	---	---

ORDO INTER NATIONES

Internationale Politik - Analysen

Jürgen Schwarz

Grundzüge und aktuelle Entwicklungen der US-Außenpolitik

13/2000

AQ F03-02-0230

**Reproduced From
Best Available Copy**

**Copies Furnished to DTIC
Reproduced From
Bound Originals**

Jürgen Schwarz

***Grundzüge und aktuelle Entwicklungen der
US-Außenpolitik¹***

Das politische Verhältnis der Europäer - auch das ihrer politischen Eliten - zu den USA wird seit jeher von einem latenten Anti-Amerikanismus begleitet. Von Zeit zu Zeit tritt er ganz unverhohlen an die Oberfläche; auch in der ansonsten so disziplinierten und kalkulierenden Diplomatie. In solch einer Phase virulenter werdender Aversionen bewegt sich die europäische Amerikapolitik gegenwärtig; von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt, natürlich ohne eine gemeinsam formulierte kritische Position, aber die Beziehungen doch zunehmend belastend. Das wäre keines besonderen Aufhebens wert - diese europäisch-amerikanischen Querelen hat es immer gegeben und ein transatlantisches drifting apart wiederholt sich geradezu in Zyklen. Diesmal aber sind weitaus tiefgreifendere Diskrepanzen zu verzeichnen, die seit dem Ende des Kalten Krieges und des west-östlichen Antagonismus weit über den transatlantischen Bereich hinausgehen. Die USA ordnen am Beginn des 21. Jahrhunderts ihre Weltpolitik neu; davon wird auch ihr Verhältnis zu Europa bestimmt und in zentralen Punkten verändert.

¹ Die vorliegende Abhandlung wurde in etwas anderer Form bereits in der Zeitschrift "Transatlantische Beziehungen" Sonderheft Nr. 4/2000 der Hanns-Seidel-Stiftung veröffentlicht.

I. Divergenzen zwischen Amerika und Europa

Die Europäer haben offensichtlich erneut Schwierigkeiten, den amerikanischen Vorstellungen zu folgen, zumal diese in den USA natürlich auch ambivalent diskutiert werden. Hinzu kommen bei den Europäern aber auch jene manifesten Aversionen, die sich vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg ganz allgemein gegen die weltweit wahrgenommene hegemoniale Rolle Amerikas, gegen die Pax Americana mit ihren typischen Methoden und Strategien richten. Oftmals sieht es so aus, als wenn nun im Westen die früher von den Marxisten erhobene Kritik am amerikanischen Imperialismus (Dollarimperialismus) und an der kapitalistischen Ideologie der USA übernommen worden wäre.

Die allgemeine Kritik wird festgemacht an den konkreten Divergenzen, an denen sich die Europäer reiben: die von den USA rigoros wahrgenommene Führungsrolle im Bündnis und in Europa, zuletzt der amerikanische Oktroi im Bosnien- und Kosovo-Konflikt; wenngleich sich die Europäer darüber im Klaren sind, dass ohne die USA weder die stabile Sicherheit in Europa noch die Lösung von Konflikten wie auf dem Balkan möglich gewesen wären. Diese für Europäer immer wieder ernüchternde und frustrierende Erkenntnis übertrug sich dann auch auf die - wie es hieß - "selbstherrliche" UNO-Politik Amerikas, zuletzt mit den Streitpunkten Internationaler Währungsfonds (IWF) und World Trade Organization (WTO), wo wiederum die amerikanische Weltordnungspolitik als "The Imperialism of Free Trade" kritisiert wurde; schließlich die Kritik an der US-Sicherheitspolitik wie gegenwärtig die Ablehnung einer "National Missile Defense (NMD)" oder an der "von Amerika gesteuerten" Globalisierung, die als "heimliche Weltherrschaft" der USA bezeichnet wird.

Kritik und Aversionen der Europäer haben naheliegend real existente, vielfach aber auch subjektiv-emotionale oder gänzlich absurde Gründe. Sie sind ein Konglomerat aus Ignoranz, Vorurteilen, falschen Erwartungen auf der einen und konkurrierenden Interessen, methodischen Unterschiedlichkeiten und ernüchternden und bitteren Erfahrungen auf der anderen Seite. Die Europäer tun sich seit jeher schwer mit den amerikanischen Denk- und Verhaltensweisen, wie sie sich insbesondere auch in Außen- und Sicherheitspolitik spürbar niederschlagen. Auf der einen Seite werden Leistungsfähigkeit und Effizienz, die moralische und caritative Dimension bewundert, auf der anderen Seite werden die Rigorosität der Handlungsweisen, die strikte Orientierung an amerikanischen Vorgaben und Interessen, die Verslossenheit gegenüber Kulturen und Lebensweisen außerhalb Amerikas, kurz die ausschließlich "amerikanische Ausrichtung" im außenpolitischen Denken und Handeln abgelehnt.

Das Unverständnis gegenüber Amerika wird größer, je länger die Europäer davon ausgehen, dass Amerika doch eigentlich die "Tochter Europas" sei und von dorther größere Übereinstimmungen in Denken und Verhalten erwartet werden. Amerika aber ist politisch spätestens seit Revolution und Unabhängigkeitserklärung (1776) endgültig aus dem Schatten der europäischen Bevormundung herausgetreten und hat seit vorrevolutionären Zeiten schon seine eigene Lebensweise und politische Kultur entwickelt. Sie sind in ihrer Fortentwicklung Grundlage amerikanischer Politik und zugleich Ursache tieferreichender europäisch-amerikanischer Divergenzen.

Wesentliches Kriterium für Außen- und Sicherheitspolitik, das sich aus der Geschichte Amerikas ergibt, ist einmal die Wahrung der weitestreichenden Unabhängigkeit des Landes (free and independent states) und der durch

sie gewonnenen Freiheit für seine Menschen und den Staat (liberty und pursuit of happiness), zum anderen die Orientierung an den in Amerika entwickelten Wertvorstellungen, Lebensweisen und politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen. Natürlich hat es immer wieder Rückschläge gegeben, Zweifel an diesen selbstbewußt vertretenen Maximen, zerreißen-de Diskussionen und Demonstrationen auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, die die Gesellschaft Amerikas erschüttert und gespalten haben. Und doch haben sich im großen historischen Überblick die Orientierung und das Festhalten an der Unabhängigkeit, am Freiheitsideal, an der Unabhängigkeitserklärung (1776) mit ihren Perspektiven und Postulaten, an der Verfassung (1787/89) und an allen aus diesen Quellen abgeleiteten Regelungen als vernünftig erwiesen. Sie stehen sowohl für die generelle innerstaatliche Stabilität des Landes, für die sich beständig mehrende Wohlfahrt, als auch für die Stärke des Staates nach außen und nicht zuletzt für die dominierende Rolle, die Amerika in der Weltpolitik spielt. Bei aller ständig geübten innerstaatlichen Kritik wird auch die Außenpolitik generell getragen von Selbstbewußtsein und Stolz auf die nationale Leistung.

Seit Entstehung des Ost-West-Gegensatz nach dem Zweiten Weltkrieg haben es die USA akzeptiert, dass sie entgegen ihrem alten Grundsatz "no entangling alliance" (mit anderen Staaten) erneut und dauerhaft bis zur Gegenwart auf vielfache Weise an die Geschehnisse in Europa gebunden wurden. Natürlich sehen sie darin auch ihr eigenes nationales Interesse und der Kampf gegen den Kommunismus wurde in Europa und global zur zentralen Aufgabe ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichwohl sind das moralische Engagement und die politischen und materiellen Investitionen in den Schutz Westeuropas exorbitant; ohne sie wäre weder der Wie-

deraufbau Europas noch die Organisation eines wirksamen Schutzes, noch die gegenwärtigen Stabilitätsleistungen in den gefährdeten Teilen Europas möglich gewesen.

Die Europäer haben diese amerikanischen Investitionen lange Zeit mit Anerkennung der amerikanischen Führung honoriert und sich mehr oder weniger auf die Dauerhaftigkeit dieses amerikanischen Engagements eingerichtet. Wenngleich die amerikanischen Leistungen, Bindungen und Ambitionen von Beginn an ebenso auf beiden Seiten des Atlantiks diskutiert wurden. Europäische Überlegungen für größere Eigenleistungen wurden dabei von Amerika zunächst als Versuch verstanden, die USA aus Europa hinauszudrängen und ihrer militärischen wie politischen Führung zu entkommen, ohne aber auf die Beiträge Amerikas zum Schutz Westeuropas verzichten zu wollen. Während auf der europäischen Seite amerikanische Reduzierungsüberlegungen als neo-isolationistische Drohungen verstanden wurden, um die Akzeptanz und Beibehaltung der amerikanischen hegemonialen Führungsrolle und damit die fortdauernde militärisch-politische Abhängigkeit der Europäer von Amerika zu erzwingen. Letztendlich aber hielten sich die Interessen beider Seiten die Waage. Die seit 1949 eingespielten, immer wieder verbesserten und insgesamt bewährten Strukturen im Verhältnis der USA zu Europa blieben weitestgehend unverändert. Bis nach dem Ende des Kalten Krieges und der offensichtlichen Auflösung der früheren Bedrohungslagen die USA wie die Europäer erneut begannen, ihr Verhältnis zueinander, die manifesten Strukturen im transatlantischen Bündnis und die wechselseitigen politisch-militärischen Investitionen in Europa zu überdenken. Symptomatisch ist, wie soeben angedeutet wurde, dass die USA zunächst versuchten, die europäischen

Vorstellungen nach größerer Selbständigkeit im Bündnis, wie sie seit vielen Jahren schon mit der WEU verbunden wurden, zu verhindern; dann aber in den 90er Jahren begannen, diese Vorstellungen unter bestimmten Bedingungen und bei Wahrung zentraler Strukturen, wie sie bislang entwickelt worden waren, aufzugreifen.

Der Grund für diese Wende in der amerikanischen Europapolitik ist zum einen in der erneuten Hinwendung Amerikas auf den asiatisch-pazifischen Raum und zum anderen generell in der nun wieder möglichen Erweiterung des globalen Handlungsspielraums der USA zu sehen. Mit der Nixon(Guam)-Doktrin von 1969 bis hin zur Politik Jimmy Carters (Ende der 70er-Jahre) war - angesichts der Präsidenten und politischen Konstellationen mit unterschiedlichem politischen Geschick und Gewicht - eine Reduzierung der amerikanischen Präsenz in Asien und im Pazifik eingeleitet worden, die unter Ronald Reagan und George Bush - mit Aufenthalt in der ersten Amtszeit Bill Clintons - bis heute sukzessive wieder rückgängig gemacht wurde.

Unter diesen Aspekten forderten die USA von den Europäern nunmehr größere politische und vor allem materielle Entlastung, ohne aber die Führungsrolle Amerikas und die seit 1990 entwickelten Gesamteuropäischen Strukturen in Frage oder zur Disposition stellen zu wollen. Die USA gingen in diesem Zusammenhang noch einen Schritt weiter, in dem sie nunmehr sogar das Engagement der Europäer an ihrer Seite für die kommenden weltweiten Aufgaben in die Diskussion brachten. Dabei deuteten sie an, dass sie ihre Präsenz in Europa verringern, ihre Prioritäten im Konfliktfälle außerhalb Europas nach eigenem Ermessen und anders als bisher setzen und gleichzeitig doch die Aufrechterhaltung ihrer politischen und

materiellen Investitionen in Europa von fortdauernder Übereinstimmung der Europäer mit den USA abhängig zu machen gedachten. Eine massive Herausforderung durch die USA, auf die die europäischen Staaten zögernd, unschlüssig - ob der amerikanischen Schlußfolgerungen - und in jeder politischen und militärischen Hinsicht - trotz braver Beschlüsse zur Bündelung und Steigerung ihrer Leistungen - unzulänglich reagierten.

Ein ähnliches Gambit hatte es von amerikanischer Seite auch früher bereits gegeben; wenngleich es aus naheliegenden Gründen zu diesen Zeitpunkten immer unwahrscheinlich blieb, dass die USA tatsächlich eine einschneidendere Abkehr von Europa in die Wege leiten würden. Diesmal jedoch scheinen die Voraussetzungen für eine Veränderung der Politik gegenüber Europa anders gewichtet zu werden.

Zum einen sind die USA auch dann willens, ihr politisches und materielles Engagement von Europa weg vornehmlich in den asiatisch-pazifischen Raum hinein zu verlagern, wenn die Europäer ihre Eigenleistung im Hinblick auf die europäischen Erfordernisse nicht steigern können oder wollen. Zum anderen wollen sie nicht nur an ihrer europäischen Führungsrolle, sondern auch an der Kontrolle über die Verfahrensweisen und Operationen der Europäer und damit über die europäische Inanspruchnahme der amerikanischen materiellen und technischen Investitionen im Bündnis festhalten. Eine Dilemma-Situation für Europa, die die frustrierenden Abhängigkeiten von den USA und das eigene Unvermögen, eine gemeinsame und äquivalente politische und sicherheitspolitische Leistung zu erbringen, schmerzhaft deutlich macht.

Wesentliche Gründe für diese erneut virulent werdenden Divergenzen

zwischen Amerika und Europa sind zum einen in den unterschiedlichen Weltansichten, in den je eigenständigen Problempersonifikationen, Handlungsstrategien und Zielsetzungen der Außenpolitik, zum anderen in den ähnlich unterschiedlichen Bedingungen und Voraussetzungen für die Führung einer entsprechenden Außen- und Sicherheitspolitik zu finden. Vor allem letztere erlauben den USA eine Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie gegenwärtig keinem anderen Staat möglich ist; nötigen Amerika allerdings auf der anderen Seite, weltweiten Aufgaben und Verpflichtungen, den Herausforderungen an die führende Wirtschaftsmacht und der ungeliebten Rolle des Weltpolizisten nachzukommen und Belastungen auf sich zu nehmen, wie sie keinem anderen Staat zugemutet werden. Natürlich stehen dahinter Eigeninteressen, die wiederum an amerikanischen Grundsätzen orientiert werden; gleichwohl ist zu fragen, welcher Staat denn in der Lage sein könnte, an Stelle der USA die weltweit auftretenden Konflikte und Probleme, die langfristig immer auch Europa betreffen, zu lösen oder Lösungsmöglichkeiten anzunähern. Es ist allein Amerika, das in entscheidender Weise Lösungen vorgeben, anstoßen und durchsetzen kann. Weder die UNO, die wiederum in zentraler Weise von ihrem Sicherheitsrat und hier von dessen mächtigstem Mitglied, den USA, abhängig ist, noch die Europäische Union mit ihrer kaum funktionsfähigen "gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) und die zudem über die NATO, dem funktionierenden und bewährten transatlantischen Bündnis, wiederum von den USA abhängig bleibt. Angesichts solcher Konstellationen liegt auf der Hand, daß sich Amerikas Zielsetzungen und Handlungsstrategien auch in internationalen Koalitionen (z.B. Golfkrieg 1990/91) und partnerschaftlicher Kooperation (NATO) durchsetzen.

II. Weltpolitische Perspektiven Amerikas

Als Weltmacht können die USA insofern bezeichnet werden, als auf sie alle Kriterien zutreffen, die an einen global handelnden, Staaten und Organisationen, internationale Prozesse und Strukturen spürbar nach eigenen Vorstellungen beeinflussenden Staat anlegt werden. Was Ausmaß und Gewichtung, Durchsetzungsmöglichkeiten und Sicherung dieser Weltpolitik anbelangt, stehen die USA gegenwärtig einzigartig da. Kein anderer Staat der Welt ist gegenwärtig in der Lage, Amerika diese dominierende Rolle streitig zu machen und auch Staatenzusammenschlüsse haben es schwer, mit den USA weltweit zu konkurrieren oder dem "impact" Amerikas auszuweichen.

Gleichwohl - das ist hervorzuheben - sind auch die Handlungsspielräume der USA begrenzt. Die Kosten und politischen Lasten sind auch von einem machtvollen Staat wie Amerika allein und auf lange Dauer nicht zu tragen. Wenngleich dazu gegenwärtig in den USA große Anstrengungen unternommen werden. Im komplexer werdenden und zunehmend verflochtenen internationalen System sind bisherige Machtinstrumente und Methoden kaum mehr anwendbar und die einflußreichen Kräfte kaum mehr singular, nur von Amerika her zu steuern. Renaissance alter Kulturen, nationale "resilience" und politische Emanzipation von Staaten und Völkern haben die internationalen Herausforderungen gerade auch im Rahmen von Interdependenz und Globalisierung in einem Maße gesteigert, daß auf Dauer kein Staat mehr singular wird steuernd Einfluß nehmen können. Darauf versucht sich Amerika längerfristig einzustellen. Schon im Golfkrieg 1990/91 versuchten die Vereinigten Staaten, die Unterstützung anderer Staaten und der UNO nicht nur kurzzeitig für diese

Operation gegen den Irak, sondern langfristig in einem dauerhaften Arrangement für Krisen- und Konfliktmanagement zu gewinnen. Präsident George Bush sah darin eine Entlastung für Amerika und zugleich Elemente einer von ihm anvisierten Neuen Weltordnung. Diese Versuche sind angesichts der realen Verhältnisse zwischen den Staaten und insbesondere in der UNO gescheitert. Die USA sehen sich gezwungen, von mal zu mal in jedem Konflikt neue Koalitionen zu organisieren oder die Problematik in nationaler Regie zu lösen. Das geschieht nicht nur aus Ungeduld mit den möglichen Partnern oder aus nationaler Überheblichkeit und aufgrund kruder Eigeninteressen; auch da haben die USA inzwischen hinreichend ernüchternde Erfahrungen hinsichtlich der eigenen Leistungsfähigkeit gemacht. Es geschieht vielmehr unter dem Eindruck, daß bestimmte Konfliktlagen keinen Aufschub vertragen und daß die USA deshalb allein, aber nach sehr genau kalkuliertem Risiko handeln müssen. Das wiederum führt dazu, daß längst nicht jeder Konflikt durch die USA aufgegriffen wird und auch nicht aufgegriffen werden kann. Auch Amerika kann seine keineswegs mehr unbegrenzten Ressourcen nur selektiv einsetzen. Und zu den Auswahlkriterien gehören dann durchaus auch nationale Interessen, ein Abwägen von Einsatzpotentialen und Erfolgsmöglichkeiten, die mögliche Verwicklung in internationale Komplikationen, bei denen Kriterien wie Menschenrechte, Völkermord und humanitäre Intervention an den Rand der Entscheidung gedrängt werden können.

Gleichwohl, in einem breiten Spektrum von mentalen, historischen, politischen, kulturellen und materiellen Faktoren fügt sich nach wie vor ein Rahmen, in dem Amerika seine Außen- und Sicherheitspolitik - trotz der genannten Einschränkungen - unter nahezu optimalen Bedingungen und

unabhängig führen kann. Da liegt es nahe, daß die USA langwierigen Abstimmungsprozessen in internationalen Koalitionen oder internationalen Planungen bei militärischen Operationen aus dem Wege zu gehen suchen. Trotz wiederholter negativer Erfahrungen neigen sie dazu, primär auf die nationalen Kräfte, Methoden und Strategien zu setzen. Im nationalen Rahmen gibt es zwar ebenfalls Divergenzen, Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den unterschiedlichen politischen Positionen, Koordinierungsprobleme im Hinblick auf militärische Operationen, Streit um den sinnvollen Einsatz der Mittel, Diskussionen um die richtige außenpolitische Prioritätensetzung und Strategie. Gleichwohl aber lassen sich diese im Rahmen eines stabilen nationalen politischen Systems, dessen Fundamente durch Unabhängigkeitserklärung, Verfassung und daraus hergeleiteten Regeln und Maximen fest gefügt und durch eingespielte Verfahren zwischen den im Volke weithin respektierten Institutionen des Staates gesichert sind, weitaus glaubwürdiger, transparenter und "im amerikanischen Geist" treffen, als das im internationalen Bereich möglich wäre. Die nationalen Entscheidungsprozesse, auch in Außen- und Sicherheitspolitik, erhalten von dorther eine Geschlossenheit, Durchsetzungskraft und Verve, die die Außenpolitik gegenüber internationaler Kritik geradezu immun und ab und an auch autistisch machen. Zusammen mit Faktoren, die aus der positiven geschichtlichen Erfahrung Amerikas resultieren und - die dunklen Ereignisse überdeckend - ständig tradiert werden, von der Frontiermanship über Washington's Farewell Address bis zum America comes first, oder den Faktoren, die die Gegenwart der wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Leistungskraft bestimmen, formt sich nationaler Stolz und nationales Selbstbewußtsein, die Außenpolitik in erhebli-

chem Maße zu tragen vermögen, von mal zu mal aber auch in Herablassung gegenüber anderen Ländern und Kulturen oder auch in provozierend einseitige Überlegenheitsattituden ausgleiten können.

Auch auf hoher politischer Ebene wird diese Sonderstellung Amerikas mit Hinweisen auf einen geradezu missionarischen Führungsauftrag des Landes zur weltweiten Durchsetzung und Wahrung von Freiheit und Wohlfahrt im Einklang mit den amerikanischen Idealen immer wieder zum Ausdruck gebracht. So heißt es schon bei Harry S. Truman (1945): "(The United States should) take the lead in running the world in the way that the world ought to be run", bei Lyndon B. Johnson (1965): "History and our own achievements have thrust upon us the principal responsibility for protecting freedom on earth... No other people in no other time has had so great an opportunity to work and risk for freedom of all mankind.", bei Gerald R. Ford (1976): "America has had a unique role in the world...and ever since the end of World War II we have borne successfully a heavy responsibility for insuring a stable world order... We have taken the role of leadership.", schließlich bei Ronald Reagan (1980): "We in this country, in this generation, are, by destiny rather than choice, the watchmen on the walls of world freedom."

In solch programmatischen Sätzen, wie sie in großer Kontinuität und Ernsthaftigkeit von allen Präsidenten Amerikas geäußert wurden, sind die wesentlichen Grundlagen auch der gegenwärtigen US-Außen- und Sicherheitspolitik zusammengefaßt. Unter Führung der USA geht es nach wie vor und erneut um nicht weniger als die langfristige strukturelle und politische Sicherung einer mit den amerikanischen Wertmaßstäben korrespondierenden neuen Weltordnung.

Jedenfalls sehen die USA in der gegenwärtigen Konstellation der Staaten, Koalitionen und internationalen Organisationen der Welt, die alle aus jeweils unterschiedlichen Gründen Amerika in zentralen Fragen kaum Paroli bieten können, die größten Chancen, eine dauerhaft stabile Weltstruktur auf den Weg zu bringen. Die Gesamtentwicklung kann Jahrzehnte dauern und bedarf des "langen Atems" und wird zweifellos Abstriche an Amerikas heutigen Zielvorstellungen und politische und strukturelle Kompromisse erforderlich machen. Auf beides suchen die USA sich einzustellen. Sowohl durch innerstaatliche Reformen in zahlreichen Lebensbereichen vorsorgend, durch die Öffnung des Landes auf das internationale Geschehen hin, als auch durch kontinuierliche Erhöhung der nationalen Mittel für eine noch über Jahrzehnte weltweit durch Amerika geführte Außen- und Sicherheitspolitik. Der ersten Schritte dieser - nach dem Ende des Kalten Krieges - neuen Politik sind in ganz konkreten Stufen längst gemacht worden. Dazu gehört zum einen die Verhinderung möglichst vieler nationaler und regionaler Konflikte in den Bereichen von Wirtschaft, Politik und Sicherheit, die die internationale Gesamtentwicklung gravierend behindern könnten, zum anderen die Unterstützung von politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen vor allem bei Staaten der ehemaligen Zweiten und bei sogenannten Schwellenländern der Dritten Welt und deren frühe, faire und adäquate und ihren eigenen Interessen jeweils dienliche Integration in die weltpolitischen Zusammenhänge. In Verbindung damit sind auch die Diskussionen um die Fortentwicklung der UNO, der Weltbank, des IWF, der G-7-Treffen und den Aufbau anderer internationaler Organisationen (WTO, Internationaler Strafgerichtshof etc.) zu sehen. Dazu kommen für die Interessen Amerikas und anderer Staaten

nicht ganz unwichtige Engagements, die in einem weiten Spektrum von der Bekämpfung des Drogenschmuggels oder der internationalen Piraterie über Friedensmissionen zwischen rivalisierenden Ethnien bis zur Flüchtlings- und Katastrophenhilfe reichen.

III. Träger und Methoden der US-Außenpolitik

Zur Führung dieser Außenpolitik werden wie seit jeher die Diplomatie, das Militärpotential und zunehmend die Wirtschaftsleistung Amerikas (Außenhandel, internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik) genutzt. Alle drei Gebiete hängen eng miteinander zusammen und haben nach der jeweiligen Konfliktlage ihre Prioritäten. Insofern wurden auch die außenpolitischen Methoden differenziert; sie unterscheiden sich von bisherigen Verfahren dadurch, daß die Diplomatie -früher spöttisch abgewertet als "those cookie pushers in striped pants"- in den Vordergrund der Aktivitäten gerückt ist und daß die Wirtschaftspolitik ganz allgemein durch die internationalen Steuerungsnotwendigkeiten an Bedeutung entschieden gewonnen hat. Dem gegenüber scheint das Militär gegenwärtig in den Hintergrund zu treten; wenngleich die konkreten internationalen Problemlösungen unübersehbar deutlich machen, daß dem Militär praktisch in jedem Falle, direkt oder indirekt eine entscheidende Rolle zukommt, auf die Amerika nicht verzichten kann. Ohne Militärpotential oder -in anderer Perspektive- ohne den geregelten und kontrollierten Einsatz militärischer Gewalt ist auch heute US-Außenpolitik nicht denkbar. Zwischen den genannten Bereichen kommt es aber heute - anders als zuvor - schon auf der Arbeitsebene - und nicht erst beim Präsidenten und im Nationalen Sicher-

heitsrat (NSC) - vermehrt und organisiert zur Koordination und zur Planung gemeinsamer Aktivitäten und Operationen.

Im Bereich der internationalen Wirtschaft vermag die US-Regierung auf nationaler, aber mittels der relevanten internationalen Organisationen auch auf internationaler Ebene gewisse Rahmendaten zu setzen und Regelungen zu befördern, die zweifellos den amerikanischen nationalen Interessen dienen, die darüber hinaus aber auch den Staaten zugute kommen, die den amerikanischen Forderungen für weltweiten uneingeschränkten Freihandel, für umfassende und konsequente Freie Marktwirtschaft und uneingeschränkten Kapitalfluß folgen können. Unter diesen Leitideen wird von Amerika aus auch die Globalisierung vorangetrieben. Mit gleichen Erwartungen ist die NAFTA (North American Free Trade Association) oder die APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) jeweils als Freihandelszone etabliert worden. Nach ähnlichen Kriterien agiert die wesentlich von Amerika vorgeschlagene WTO (World Trade Organization).

Diese globalen Standards stehen innerstaatlichen oder intraregionalen Entwicklungen, die auf spezifische Problemlagen reagieren müssen, - so sieht es Amerika - keineswegs entgegen. Sie sind vielmehr eine internationale Herausforderung zur Stärkung der nationalen ökonomischen Kräfte; so wie die USA immer schon ihre Entwicklungspolitik geführt haben. Sie fördern also vielmehr auch in der jeweiligen Besonderheit die Ausrichtung auf die sich weltweit entwickelnden Strukturen hin. Insofern betrachten die USA ihre internationale Wirtschaftspolitik keineswegs als einen hegemonialen Oktroi, sondern angesichts zunehmender globaler Interdependenz - ein viel zu indifferenter Ausdruck für die internationale Revolution in Kommunikation und Informationsfluß, Geschäftsgebahren und

Organisationsstrukturen, für die Öffnung der Staaten und den Einbezug von Öffentlichkeit, für die kaum noch kontrollierbare Beeinflussung von Trends und Prozessen - als die notwendige Rahmgebung für die Weltordnung der Zukunft. Die Staaten werden sich darauf einrichten müssen, wenn sie Zukunft haben wollen.

Die Vereinigten Staaten scheinen auch hinsichtlich der geforderten nationalen Wirtschaftsleistung erneut Vorbild geworden zu sein. Mit ihrer Bereitschaft zu Innovationen, strukturellen Veränderungen und Flexibilität, die die bleibenden Schwachpunkte keineswegs verdecken, sind sie - national außerordentlich erfolgreich - nicht nur Modell geworden für die mögliche Fortentwicklung anderer nationaler Wirtschaftssysteme, sondern auch ganz realer Hauptmotor für das internationale Wirtschaftswachstum. Auch in den Verfahrensweisen von Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfonds) wird die Politik der Vereinigten Staaten, immerhin dem größten Einleger, deutlich spürbar. Im IWF hat ihre Kritik an der zu bereitwilligen Vergabe voluminöser Kredite an zu viele Länder immerhin dazu geführt, daß sich der IWF -abgesehen von weiteren Maßnahmen zur Dämpfung der internationalen Mittelaufnahme- schon jetzt auf die Prävention von Finanzkrisen und die Beratung von Ländern im Vorfeld veritabler Zusammenbrüche zu konzentrieren beginnt. Der IWF soll - nicht zuletzt aufgrund amerikanischer Interventionen - nicht länger die Funktionen einer Zentralbank übernehmen und die unter Finanzproblemen leidenden Länder mit unbegrenzten, wenn auch konditionierten Krediten unterstützen. Die Länder sollen sich zunächst selbst den Problemen stellen und - auch auf die Gefahr von nationalökonomischen Abstürzen hin - die nationalen Strukturen selbst sanieren.

Dargestellt und vorangetrieben wird die amerikanische Weltpolitik nach wie vor durch den Präsidenten und die seinen auswärtigen Aufgaben zugeordnete Administration. Dabei nimmt die Diplomatie neben dem Militär, den zahlreichen Agencies und anderen eine zentrale Rolle wahr. Prozesse von Krisenmanagement und Konfliktlösungen haben sich in wesentlichen Teilen von der politisch-militärischen auf die politisch-diplomatische Ebene verlagert. Es bleibt zwar dabei, daß die militärische Führung bei politischen Konferenzen, Lageanalysen, Friedensgesprächen, vor allem auch bei Planungen und selbstredend bei Operationen dabei ist, gleichwohl sind eine Art professioneller Konkurrenz zwischen Diplomatie und Militär und damit auch gewisse Divergenzen in Strategie und Methoden geblieben. Um entsprechend negative Auswirkungen auf die schließlich international betriebene Außenpolitik zu vermeiden, hat man schon nach dem Zweiten Weltkrieg den unter Leitung des Präsidenten stehenden Nationalen Sicherheitsrat (NSC) eingeführt, der Außen- und Sicherheitspolitik generell und hinsichtlich wesentlicher Operationen zwischen allen Beteiligten, also auch Diplomatie und Militär, koordinieren soll. Darüber hinaus wurden die politisch-militärischen Kooperationsgruppen in State Department und Department of Defense aktiviert und neu organisiert.

Ein bezeichnender Unterschied zwischen Diplomatie und Militär besteht offenbar hinsichtlich der Ausbildung des jeweiligen Personals. Während die Diplomatie keine zentrale Ausbildung kennt und bei Rekrutierung seines Nachwuchses in der Regel auf die Absolventen der privaten Ausbildungsinstitute an den Universitäten (School of Foreign Service der Georgetown University, Fletcher School der Tufts University u.a.) angewie-

sen ist, verfügen die Streitkräfte selbst über eine große Zahl angesehener Ausbildungsstätten und damit verbundener Forschungsinstitute (National Defense University, Fort Leavenworth u.a.), die auf hohem Niveau umfassende politisch-militärische Ausbildung vornehmlich an das Führungspersonal der Streitkräfte vermitteln. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang wohl auch, daß wesentliche Denkanstöße für Strategiepapiere und Analysen aus den dem Militär zugeordneten Forschungsinstituten hervorgehen. So wurden etwa auch die in der Diplomatie gebrauchten und als undiplomatisch wieder verworfenen plakativen Einteilungen der Länder der Erde in: Core Partners, Transition States, Rogues, Failing States einschließlich ihrer Kennzeichnung offenbar im Forschungsbereich der Streitkräfte entwickelt. Angesichts der Fülle und Komplexität der internationalen Herausforderungen werden die USA weitaus mehr als bisher um die systematische, umfassende und auf höchstem Niveau stehende Ausbildung ihrer Diplomaten bemüht bleiben müssen. Damit korrespondieren sollte zweifellos eine entsprechende Ausstattung der Auslandsvertretungen und der Aktivitäten, die nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere in Deutschland zum Aufbau einer stabilen Demokratie und Marktwirtschaft beigetragen haben. Ähnliches gilt heute natürlich auch für das bereits vor Ort betriebene Management zur Prävention von Krisen und zur Lösung von Konflikten.

Auch die US-Streitkräfte haben sich auf die modernen Herausforderungen im internationalen Bereich eingestellt, ohne dabei von bislang bewährten Strategien und Methoden abzuweichen.

So gilt nach wie vor die Maxime, daß die Streitkräfte in der Lage sein müssen, zu jeder Zeit an jedem Ort der Erde einzugreifen zur Lösung von

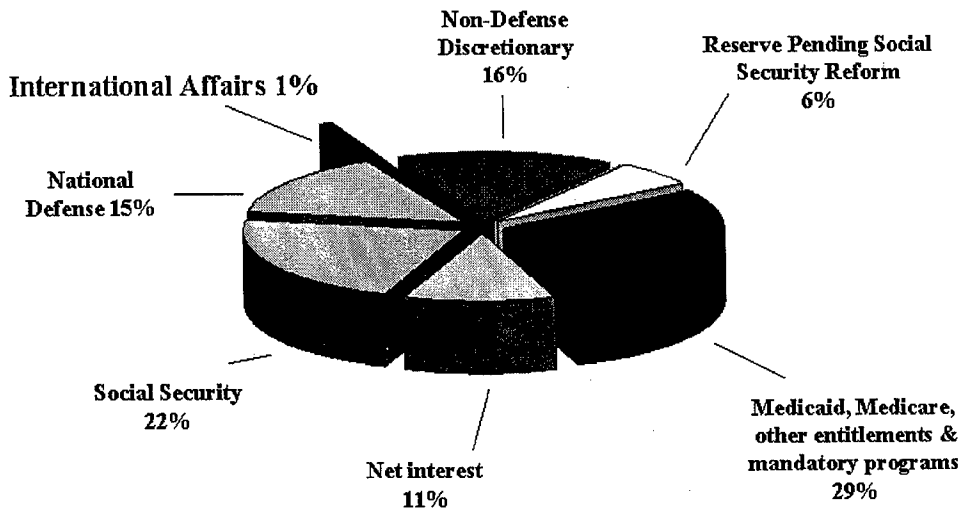
Krisen und Konflikten, die die Interessen Amerikas direkt betreffen oder zu denen ihre Hilfe erbeten wird. Darüber hinaus sollen die Streitkräfte in der Lage sein, zwei kriegerische Konflikte zur gleichen Zeit zu führen. Abhängig bleiben wird die Realisierung solcher pauschalen Vorgaben natürlich immer vom Umfang, vom Ablauf, von den beteiligten Kräften des Konfliktes. Vorgesorgt haben die USA durch die Stationierung von Streitkräften in den gefährdeten Weltregionen (Asien-Pazifik) und massierter in der Nähe (Okinawa) oder unmittelbar an möglichen Konfliktpunkten (Korea). Die Streitkräfte verfügen über gut ausgebildetes, professionelles Personal, das in einem bestimmten Turnus in die möglichen Einsatzorte verlegt und wieder abgezogen wird. Sie sind mit zur Konfliktlösung glaubwürdig einsetzbarem, modernem Waffenpotential in allen Teilstreitkräften ausgerüstet und verfügen über eine adäquate Logistik. Die Streitkräfte sind dank großer Transportkapazitäten außerordentlich flexibel einsetzbar; dazu dienen insbesondere auch die Hubschrauberträger (nuclear assault ships), von denen aus die in hohem Maße luftbewegliche Marineinfanterie in lokale Konflikte eingreifen kann. Rückgrat der Streitkräfte vor allem im Pazifik sind die Flugzeugträgergruppen, die insbesondere in den Konflikten zwischen der VR China und Taiwan ihre umfassenden politisch-militärischen und psychologischen Funktionen für Prävention und Kalmierung zur Geltung gebracht haben. Im Hinblick auf alle Waffengattungen lassen sich so Funktionen im Gesamt der Streitkräfte ausmachen und ihre im Zeitablauf notwendige waffentechnische Ausstattung planen. Naheliegend gibt es auch bei den US-Streitkräften Defizite, die sich negativ auf mögliche Operationen auswirken könnten, wie etwa die Schwierigkeiten bei gemeinsamen Operationen der Teilstreitkräfte.

Insgesamt aber steht der US-Außenpolitik mit den US-Streitkräften ein überzeugendes und effizientes Einsatzpotential zur Verfügung. Dies spiegelt sich auch in den Haushaltszahlen wider. Im Jahre 2000 werden 267,2 Milliarden US\$ - 15% des Gesamtvolumens - für den Verteidigungshaushalt bereitgestellt. Die USA investieren somit rund 3,0% des BSP und 1.002,31 US\$ pro Kopf der Bevölkerung in die Verteidigung. Bis zum Jahre 2005 ist eine Erhöhung auf 318,9 Milliarden US\$ vorgesehen, die vor allem der Beschaffung neuer Waffensysteme dienen soll. Das ist eine Steigerung von jährlich etwa 10 Milliarden US\$, die Präsident Clinton als angemessene Investition in die fortdauernde Weltführungsrolle der USA bezeichnet. Im Vergleich damit beträgt der Verteidigungshaushalt Deutschlands im Jahre 2000 etwa 23 Milliarden US\$ (45,3 Mrd.DM) und 9,5% des Gesamtetats, 1,1% des BIP und ca.280 US\$ (551,85 DM) pro Kopf der Bevölkerung. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt belief sich 1991 noch auf 13,3%. Einer vorgesehenen kurzfristigen Erhöhung des Verteidigungsetats auf 24 Milliarden US\$ (46,5 Mrd.DM) für 2002 steht die erneute Absenkung auf etwa 23 Milliarden US\$ (45,6 Mrd.DM) bis 2004 gegenüber. Auch wenn es zu den langfristigen Steigerungsmöglichkeiten des Verteidigungshaushaltes der USA inzwischen skeptischere Rechnungen gibt, sind die bislang schon gesicherten mittelfristigen Investitionen höher und strukturell verlässlicher als die aller anderer Staaten.

Verteidigungshaushalt der USA (in Mrd. US-\$)

	HH 99	HH 00	HH 01	HH 02	HH 03	HH 04	HH 05
Heer	65,3	67,2	71,3	73,6	76,4	78,9	82,3
Marine / Marine Corps	81,9	83,3	91,4	89,2	93,1	96,2	100,3
Luftwaffe	76,9	79,1	84,8	86,7	89,2	92,3	95,1
Streitkräfte	38,5	37,6	38,9	38,8	40,0	40,3	41,2
Summe	262,6	267,2	286,4	288,3	298,7	307,6	318,9

The FY 2000 Federal Dollar — Where It Goes



Based on FY 2000 President's Budget

Allerdings ist der Einsatz der Streitkräfte immer an politische Entscheidungen und entsprechende Auflagen gebunden, an denen der Präsident und der US-Kongreß beteiligt sind. Im Fall des Kosovo-Konfliktes wurde so etwa die Entscheidung über den Beginn der Operationen der NATO durch den US-Kongreß aufgrund innenpolitischer Geschehnisse um Monate verzögert. Aus anderen Gründen verhinderte der Kongreß sodann den Einsatz von Bodentruppen und damit auch den von Kampfhubschraubern. Zudem galt die Maxime einer möglichst schnellen Beendigung der Lufoperationen. Grund dafür wiederum war der mögliche Ausbruch von Konflikten in anderen Regionen, zu deren Eindämmung und Bewältigung amerikanische Truppen, u.U. auch aus dem Kosovo-Operationsgebiet hätten eingesetzt werden müssen. Hier liegen im übrigen auch die Gründe dafür, daß Amerika nach wie vor daran interessiert ist, seine nunmehr im Kosovo stationierten Truppen möglichst bald wieder abziehen.

Im übrigen gibt es weitere Streitpunkte mit den Europäern, die hier nicht weiter ausgeführt werden können, aber kurze Erwähnung finden sollen. Zum einen sind es immer wieder auftretende Divergenzen hinsichtlich der amerikanischen Nuklearstrategie, diesmal insbesondere hinsichtlich der mittelfristigen Einrichtung von NMD (National Missile Defense), die sich als Verteidigung gegen mögliche Nuklearwaffenangriffe aus den sogenannten Rogue States richten soll und an der letztendlich alle europäischen Staaten ein gemeinsames Interesse haben sollten - wenn sie technisch ausgereift erscheint. Die Europäer einschließlich Rußland stehen diesen amerikanischen Plänen aus unterschiedlichen Gründen zögernd bis ablehnend gegenüber. Zum anderen sind es die bereits erwähnten europäischen Sicherheitsarrangements, die nur Erfolg haben können, wenn sie in enger

Übereinstimmung mit den USA zu deren materieller Entlastung in Europa, aber nicht zu ihrer politisch-militärischen Entlassung aus dem transatlantischen Verbund führen werden. Diese Divergenzen werden Amerika nicht davon abbringen, mit alten und neuen Verbündeten eine neue Partnerschaft in Europa zu entwickeln, die die Sicherheit in Europa erhält, aber auf neue Fundamente stellt, zu denen Amerika materiell nur noch begrenzt beiträgt. Die Vereinigten Staaten versuchen damit auch, neue Handlungsspielräume in anderen Weltregionen zu gewinnen und längerfristig auch dabei die Partnerschaft der Europäer.

IV. Zwischenbilanz

Ähnlich enge Beziehungen wie zu Europa versuchen die USA seit Jahrzehnten mit den Ländern Lateinamerikas zu entwickeln. Bis in die Gegenwart hinein ohne dauerhaften Erfolg. Die Geschichte der bilateralen Beziehungen ist vielmehr in ungewöhnlicher Weise durch Abhängigkeiten (*dependencia*) der lateinamerikanischen Länder von Amerika auf der einen und durch die hegemoniale Rolle der USA auf der anderen Seite gekennzeichnet. Obwohl am Anfang die nachdrückliche Unterstützung Amerikas für den Unabhängigkeitskampf der von europäischen Mächten kontrollierten Kolonien und die Hilfe beim Aufbau republikanischer politischer Systeme stand (Monroe-Doktrin 1823) blieben letztendlich bis heute die Schatten der "Ausbeutung", der "Bevormundung" und der "Intervention" durch den machtvollen Nachbarn im Norden. Wie viele Male zuvor richtet sich Amerikas Interesse auch jetzt wieder auf Unterstützung, Partnerschaft und Solidarität zwischen allen Staaten in der gesamten Hemisphäre der

beiden Amerikas und immer wieder konkret auf neue bilaterale und regionale Projekte, obwohl diese zuvor zahlreich gescheitert sind. Ermüdet und ohne allzu große Erwartungen sieht man daher wirtschaftlich-politische Neuanfänge wie NAFTA oder Mercosur oder die politische Stabilisierung einiger lateinamerikanischer Länder. Die materiellen, gesellschaftlichen und mentalen Diskrepanzen stehen nach wie vor einer tiefer gründenden Partnerschaft zwischen Nord- und Südamerika entgegen.

Afrika liegt nach wie vor auf den unteren Rängen außenpolitischer Prioritätenlisten der USA. Mit wenig Nachdruck werden Transformationsbemühungen in afrikanischen Ländern stabilisiert, die nachdrückliche konkrete Hilfe bei der Lösung von Konflikten bleibt meist aus. Allenfalls humanitäre Operationen werden, soweit sie sich von den innenpolitischen Auseinandersetzungen trennen lassen, in gewissem Umfang unterstützt. Der Zusammenbruch von Staaten soll zwar verhindert werden; seit Somalia bleiben aber spürbare Maßnahmen für gefährdete Länder aus. Entwicklungshilfe wird auch für Afrika nur nach den weltweit angewandten amerikanischen Maßstäben gewährt. Seit Präsident Richard Nixon (Kissinger-Studie NSSM 39, 1969) hat es zwar immer wieder Ansätze für eine strategische Afrikapolitik der USA gegeben; letztendlich aber waren die Erfolge dürftig, so daß man grosso modo auch von einem Scheitern der amerikanischen Afrika-Politik sprechen kann. Die Politik des Präsidenten Bill Clinton scheint dafür - bei allem Bemühen - geradezu symptomatisch. Er hat seit seinem ersten Besuch 1994 nicht verhindern können, daß mehr Staaten als je zuvor politisch destabilisiert und wirtschaftlich ruiniert wurden. Nichtzuletzt auch deshalb, weil Amerika die tatsächlichen Bedürfnisse Afrikas nicht erkennen konnte, auf die falschen Führer und auf verfehlte

politische und wirtschaftliche Strategien setzte, weil die Clinton-Administration kein umfassendes und in sich einigermaßen schlüssiges Konzept vorlegen konnte. Aus internationaler Sicht bleibt Amerikas Afrikapolitik so unberechenbar wie die Politik der Länder Afrikas selbst. Auch für die USA wird Afrika, trotz seiner großen Reichtümer und erneut wachsender fremder Begehrlichkeiten, noch lange im Schatten weltpolitischer Entwicklungen bleiben.

Mit Abstufungen gilt Amerikas größtes außenpolitische Interesse den Ländern Asiens, an erster Stelle natürlich Japan, gefolgt von den Kleinen-Tiger-Staaten, der VR China, den übrigen Staaten Südasiens und dann erst den großen Ländern Südasiens, wobei die Beziehungen zu Indien traditionell belastet sind. Sein besonderes Augenmerk richtet Amerika aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auf den Nahen Osten, wobei Israel seit seiner Gründung 1948 eine herausragende Bedeutung zukommt. Allerdings sind auch hier bislang alle Friedenspläne gescheitert. Die diplomatischen und materiellen Investitionen Amerikas gaben aber - was auch nicht wenig ist - Israel in allen schwierigen Konfliktlagen eine dauerhafte Existenzgarantie.

Gegenüber allen Staaten wird eine jeweils differenzierte Politik betrieben, wobei sozusagen das gesamte außenpolitische Arsenal Amerikas, Wirtschaftspotential, Diplomatie und Militärmacht, zum Einsatz kommt, so wie es den anfangs erwähnten Leitlinien entspricht. Trotz latenter Aversionen und offener Spannungen, mit Krieg und Konflikten im geschichtlichen Hintergrund, wurde die Politik Amerikas gegenüber dem gesamten Kontinent in der "großen Summe" mit Erfolg geführt. Trotz der großen ethnischen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Unterschiede zwi-

schen den Ländern Asiens wurde von ihnen allen offenbar der Nutzen guter Wirtschaftsbeziehungen zu den USA über die Nachteile der möglicherweise wiederkehrenden und nach wie vor abgelehnten hegemonialen Ambitionen und Interventionen Amerikas gestellt. In Asien verfolgen die USA - auch in Kenntnis des primären Nutzenkalküls der asiatischen Länder - eine weitaus sensiblere, klügere und vorausschauendere Strategie als in anderen Teilen der Welt. Hier zumindest scheint sich ihr altes und neues Ordnungsmodell der "balance of power" zwischen großen und kleinen Staaten, bei sehr weit zurückgenommener hegemonialer Führung, bewähren zu können.

Daß die USA keineswegs nur Erfolge zu verzeichnen haben, liegt auf der Hand. Oftmals sind - das erscheint symptomatisch - insbesondere die Herausforderungen im Zusammenhang mit den von Amerika beförderten Bedingungen der Globalisierung für den einzelnen Staat zu groß und überwältigend. Die meisten Staaten können sich diesen Herausforderungen gegenüber noch nicht öffnen, weil sonst sowohl die traditionellen als auch die in Transformation befindlichen Strukturen des Staates zusammenbrechen würden, insbesondere dann, wenn für einen solchen Sanierungsprozeß keine Hilfe von außen zur Verfügung gestellt wird. Auch in den USA selbst gibt es inzwischen eine gegenüber der Globalisierung kritische Unterströmung, die mit dem Klischee aufzuräumen sucht, "daß mit der Flut alle Boote angehoben und fahrtüchtig werden"; für die angeschlagenen und lecken Boote kann es auch den endgültigen Untergang bedeuten. Genau dagegen aber versuchen sich die schwächeren Staaten zur Wehr zu setzen. Dazu gehört nahezu ganz Afrika, Südostasien, weite Teile Lateinamerikas einschließlich Mexiko und Brasilien, sogar verschiedene Länder

Südostasiens und von den großen Rußland und die VR China. Schon kursiert das sarkastische Schlagwort von der "kreativen Zerstörung" oder der "konstruktiven Destraktion". Der Zusammenstoß zwischen den von praktisch allen US-Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg vertretenen globalen wirtschaftspolitischen Leitlinien und den um ihre Existenz und Identität fürchtenden Nationalstaaten scheint absehbar. Eine weltweite "Interessenkoalition der Betroffenen" könnte auch durch das hegemoniale Amerika nicht gesteuert oder zur "Globalisierungsvernunft" gebracht werden. Deshalb erscheint es erforderlich, die generellen Globalisierungsthesen zu differenzieren und von den pauschalen Ansätzen Abstriche zu machen, so daß auch die unterschiedlich weit fortgeschrittenen nationalen Modernisierungsprozesse mit den internationalen Vorgaben mithalten können. Auch hierin liegen für Amerikas Außen- und Sicherheitspolitik vordringliche Herausforderungen der Zukunft. Sie sind geradezu symptomatisch für die künftigen außenpolitischen Dilemmata.

Auf der einen Seite wird Amerika versuchen, trotz der angezeigten Schwierigkeiten konsequent seine Linie des weltweiten Freihandels durchzusetzen und damit auch moralischer Wertvorstellungen, vor allem der Menschenrechte und der Entwicklung von Demokratie und freier Marktwirtschaft. Auf der anderen Seite wird Amerika sich vorbereiten müssen, auf eine fortschreitende Emanzipation der Staaten der Welt, auf ihr Streben nach international konkurrenzfähigen Machtpositionen und auf politische, wirtschaftliche, machtpolitische und kulturelle Kontroversen. Dazu bedarf Amerika nicht nur wachsender Wirtschaftspotentiale, einer vorzüglich ausgebildeten Diplomatie, sondern auch einer kontinuierlich zunehmenden Militärmacht. Auf Dauer aber kann das von Amerika nicht allein

geleistet werden. Bisherige Krisen haben bereits deutlich die Grenzen der Weltmacht aufgezeigt. Amerika wird also vermehrt Staatenkoalitionen (UNO, NATO u.a.) suchen, ohne seine Unabhängigkeit und seinen Einfluß als der Welt machtvollster Führungsstaat infrage stellen zu wollen. Amerika wird deshalb eine Weltordnung anstreben, deren Grundstruktur eine "balance of power" darstellt, die aus Einzelstaaten und regionalen Zusammenschlüssen gebildet wird und deren Garantiestaaten - vornehmlich Amerika - eher in einer zurückhaltenden und nicht interventionistischen Rolle agieren werden.

ORDO INTER NATIONES

Bisher erschienen:

- 1/1997: Jürgen Schwarz: Deutschland im Strukturwandel Europas
- 2/1997: Jürgen Schwarz: Strukturen des europäischen Sicherheitssystems - 50 Jahre nach Potsdam
- 3/1997: Ralph Rotte: Diversionary Foreign Policy, Domestic Affairs, and the Maastricht Treaty
- 4/1997: Andreas Fahrner / Jürgen Schwarz / Hanns-Frank Seller / Jan Wiktor Tkaczynski / Ulrich Vogel: Die Integration Polens in die Nordatlantische Allianz
- 5/1998: Franz Walter: Zur Lage der russischen Streitkräfte und zur eingeleiteten Militärreform
- 6/1998: Stephan Maninger: Ethnische Konflikte entlang der Entwicklungsperipherie
- 7/1999: Hanns-Frank Seller: Die neue Dynamik in den welt-politischen Strukturen und Prozessen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert
- 8/1999: Ralph Rotte: Immigration Control in United Germany: Toward a Broader Scope of National Policies
- 9/1999: Stephan Maninger: Kosovo - Eine Frage der Lehre
- 10/2000: Ralph Rotte: Der Liberale und Demokratische Frieden als "neues Paradigma" der Internationalen Politik? Ein kritischer Überblick
- 11/2000: Guido Rossmann/Jan Wiktor Tkaczynski: Die Fonds der Europäischen Union als wirtschaftspolitische Instrumente bei der Erweiterung der Gemeinschaft
- 12/2000: Hanns-Frank Seller: Die Globalisierung und der moderne souveräne Staat im internat. System des 21. Jahrhunderts. Zwischen Global Governance und kooperativer Universalität

Am Institut für Internationale Politik zuletzt erschienen:

BEITRÄGE ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

- Nr. 21: Sascha Zarte: Der asiatisch-pazifische Raum in der Perzeption amerikanischer Außenpolitik, München 1999
- Nr. 22: Steffen Meder: China im 21. Jahrhundert - Regional- oder Weltmacht?, München 2000
- Nr. 23: Francisco Aguilera Iborra: Gibraltar - Optionen unter Berücksichtigung der internationalen Politik und des völkerrechtlichen Rahmens, München 2000

TEXTE ZUM STUDIUM DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

- Nr. 12: Heinrich Schnell: Kaliningrad. Die Entwicklungschancen der russischen Exklave, München 1998
- Nr. 13: Ralph Rotte: The Democratic Peace and International Use of Force: Doubts about the 'Monadic Hypothesis', München 1999

DOKUMENTE UND ARBEITSMATERIALIEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

- Nr. 1: Jürgen Schwarz / Hanns-Frank Seller:
Die Integration Europas (EU, WEU, KSZE), München 1995
- Nr. 2: Jürgen Schwarz/Hanns-Frank Seller:
Politisches System und Außenpolitik der USA, München 1994, Neuaufl. 1998

STUDIEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK im Peter Lang Verlag

- Band 1: Jürgen Schwarz / Jan Wiktor Tkaczynski / Ulrich Vogel: Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration, Frankfurt/M. 1997
- Band 2: Andreas Ralf Fahrner: Die Rolle der russischen Streitkräfte im politischen System der Russischen Föderation, Frankfurt/M. 1999
- Band 3: Christoph Ulrich Vogel: Stabilitätstransfer durch die NATO am Beispiel Polens. Souveräner Staat und internationale Organisation als Akteure und Sicherheitsproduzenten im internationalen System, Frankfurt/M. 1999